



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/145 - 29. Juni 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 81831-39
Fernschreiber 0886890

| | |
|---|------|
| Professor Hahns neuerlicher Appell | S. 1 |
| Zolis Wiederkehr | S. 2 |
| Grussworte der SPD an die französischen Sozialisten | S. 3 |
| Auf den Spuren der Schroth-Scharley-Affäre | S. 5 |
| Konsum-Genossenschaften und Gemeinsamer Markt | S. 6 |

Mahnende Stimme

ler. Die Wissenschaftler und Gelehrten aller Länder, die das Geheimnis der Atomspaltung entdeckten und es für die Herstellung schrecklichster Vernichtungswaffen nutzbar machten, sollten sich nun zusammenschließen, um möglichst wirksame Kontrollmethoden zur Verhinderung eines Wettrüstens auszuarbeiten. Man sollte dies nicht ausschliesslich den Politikern überlassen. Das ist die Auffassung des Nestors der deutschen Atomphysiker, Prof. Hahn, verkündet auf der achten Hauptversammlung der Max Planck-Gesellschaft in Lübeck. Noch einmal erhob dieser ehrwürdige und in der ganzen Welt geachtete deutsche Gelehrte seine warnende Stimme, die kleinen Länder mögen auf die Herstellung von Atomwaffen verzichten, da sie sonst die Gefahr vermehren, "dass plötzlich dann einmal eine Bombe losgeht und die weltweite Auseinandersetzung einsetzt." Das gilt wohl, auch wenn Prof. Hahn dies nicht ausdrücklich sagte, auch für den Kauf von und die Ausstattung mit Atomwaffen.

Es hat, als die Unterzeichner des Göttinger Appells ihre aufrüttelnde Mahnung an das deutsche Volk richteten, nicht an Versuchen gefehlt, die Wirkungen dieses Aufrufes zur menschlichen Vernunft zu verniedlichen und ihre Eräger als weltfremde Toren hinzustellen. Jenen, die das taten, wird dies zur ewigen Schande gereichen. Sie haben sich für alle Zeiten selbst als Menechen und Politiker gekennzeichnet, die nicht begriffen haben, dass wir an einer Wende der Zeit stehen. Diese verlangt mehr als nur guten Willen, sie verlangt von den Handelnden die völlige Abkehr von einem Weg, der nur in Zusammenbrüche ungeahnten Ausmasses führen kann, sie verlangt eine Revolutionierung des Denkens und einen revolutionären Methodenwechsel der Beziehungen zwischen Staaten und Völkern.

Auch dies sagte Prof. Hahn: "Jeden Versuch einer Steigerung der Effektivität von Wasserstoffbomben wird die jeweils andere Seite immer übertrumpfen". Hier gibt es in der Tat keinen angötigen Vorsprung für die eine oder andere Machtgruppe; wer sich auf einen solchen Wettlauf einlässt, dreht sich in Kreise, spielt mit der Selbstvernichtung.

Prof. Hahn und alle anderen Mahner sind gewisse keine Politiker, sie denken, auf unsere Innenpolitik bezogen, bestimmt nicht daran, für diese oder jene politische Richtung zu plädieren. Ihnen geht es um die Zukunft und Sicherheit des eigenen und der anderen Völker. Und doch fällt eines auf: diese Wissenschaftler von untadeligem Ruf müssen, eben weil sie spüren, auf welchen bedrohlichen Pfaden wir alle wandeln, in Konflikt mit einer Regierung geraten, die sich nicht zum Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen entschliessen kann. Solche Appelle werden im offiziellen Bonn nicht gern gehört, sie bereiten ihm Unbehagen. Bonn beschäftigt sich lieber mit Ordnungsgesetzen... * * * - 2 -

Nur eine Notlösung

F.E. - Rom, Ende Juni

Die Regierungskrise, die seit nunmehr bald zwei Monaten das gesamte politische Leben Italiens lahmgelegt hat, ist - zumindest für den Augenblick - auf eine höchst überraschende Weise gelöst worden. Staatspräsident Gronchi hat die Demission des Ministerpräsidenten Adone Zoli und seines Kabinetts zurückgewiesen und Zoli aufgefordert, sich dem Parlament mit gesetzgeberischen Massnahmen, darunter vor allem einem provisorischen Staatshaushalt, zu stellen.

Dieser Wiederbetreuung Zolis mit dem Amte eines Regierungschefs sind zehn Tage vorangegangen, die angefüllt waren mit Versuchen, eine andere Regierung auf die Beine zu stellen - mit Versuchen, die allesamt scheiterten und die die Fragwürdigkeit der gegenwärtigen parlamentarischen Situation Italiens in bestürzend klarer Weise aufzeigten.

Bekanntlich hatte die Regierung Zoli demissioniert, obwohl ihr in Senat und Deputiertenkammer das Vertrauen votiert worden war. Zoli hatte seinen Rücktritt damit begründet, dass dieses Vertrauensvotum nur dank der neofaschistischen Stimmen zustande gekommen sei und dass er diese Stimmhilfe der äussersten Rechten nicht akzeptieren könne. Der Staatspräsident hatte den Rücktritt des Kabinetts Zoli nicht endgültig angenommen, sondern sich Bedenkzeit vorbehalten. Jetzt stellte Gronchi sich auf den Standpunkt, die Regierung habe das Vertrauen des Parlaments erhalten, und er sehe daher keinen Grund, ihren Rücktritt zur Kenntnis zu nehmen.

Dass die von Gronchi gewählte Lösung nur eine Notlösung ist, unterliegt wohl kaum einem Zweifel. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden dieselben Gründe, die Zoli vor zwei Wochen zum Rücktritt veranlassten, binnen kürzester Zeit wieder aktuell werden und eine neue Regierungskrise herbeiführen. Sobald der neue Ministerpräsident darangehen wird, sein stark linksgerichtetes Regierungsprogramm zu verwirklichen, wird er die Rechte in der Opposition finden, und er wird seine gesetzgeberischen Massnahmen nur mit der Stimmhilfe der Kommunisten durchbringen können. Diese aber muss der christlich-demokratischen Regierung genau so unerwünscht sein wie zuvor die Stimmhilfe der Neofaschisten, und so dürfte sich dieselbe Situation, die

zum Rücktrittsangebot Zolis geführt hat, in Bälde mit umgekehrtem Vorzeichen wiederholen.

Niemand gibt daher der erneuerten Regierung Zoli ein langes Leben, und es wird für höchst unwahrscheinlich gehalten, dass es dieser Regierung gelingen wird, bis zu den Neuwahlen im Frühjahr 1958 im Amt zu bleiben. Nach wie vor scheint eine vorzeitige Auflösung des Parlaments der einzige Ausweg aus der verfahrenen Situation - ein Schritt, vor dem der Staatspräsident offenbar bisher zurückgeschreckt hat, der sich aber höchstwahrscheinlich doch nicht mehr lange wird vermeiden lassen.

+ + +

Abrüstung muss im Vordergrund stehen

Dem in Toulouse tagenden Kongress der französischen Sozialisten überbrachte im Namen der deutschen Sozialdemokratie das Mitglied des PV Erwin Schoettle, MdB., folgendes Grusswort:

Es ist mir eine grosse Freude und Ehre, Ihnen zu Ihrem 49. Kongress die herzlichsten Grüsse der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands überbringen zu dürfen.

Parteitage sind Meilensteine in der Geschichte der Parteien, wo Rechenschaft abzulegen ist über die Vergangenheit und die Politik festgelegt werden soll, die in der nächsten Zukunft zu beschreiten ist. Aber diese Parteitage sind auch für die Sozialisten in anderen Ländern von grosser Bedeutung. Die Zeit ist vorbei, wo man glaubte, sich in seinem eigenen Lande abkapseln zu können. Der demokratische Sozialismus ist mit Recht stolz darauf, eine internationale Bewegung zu sein, und wir haben insbesondere im Laufe der letzten Jahre die Erkenntnis bestätigt bekommen, wie sehr die Politik einer sozialistischen Partei Auswirkungen über den nationalen Rahmen hinaus hat. Wenn immer eine sozialistische Partei Erfolg zu verzeichnen hat, so können davon auch die Sozialisten aller Länder profitieren. Aber es ist ebenso richtig, dass jede Niederlage für eine sozialistische Partei oder das Versagen einer sozialistischen Politik von unseren bürgerlichen und kommunistischen Gegnern ausgenützt wird und schwerwiegende Konsequenzen auch für die sozialistische Bewegung in der ganzen Welt hat. Die Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie, Hitlers Machtantritt zu verhindern,

musste nicht nur die deutsche Arbeiterbewegung, sondern fast die ganze Welt bitter bezahlen. Und es gibt auch Beispiele aus der allerjüngsten Zeit, die die Sozialisten nicht nur mit Freude erfüllen können.

Wir stehen in der Bundesrepublik am Beginn einer Wahlkampagne, die entscheidend für die Zukunft unseres Landes sein wird. Es wäre vermessenen, heute schon irgendwelche Prognosen zu stellen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht zuversichtlich in diesen Kampf, weil sie getragen ist von der Überzeugung, dass immer mehr Menschen in der Bundesrepublik einsehen, wie wenig die Politik der gegenwärtigen Regierung imstande ist, unserem Volk den ihm angemessenen Anteil am Wohlstand des Landes zu gewährleisten, den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit zu verwirklichen und die Herstellung der deutschen Einheit als Bestandteil einer Befriedung in Europa dem Ziele näherzubringen.

Wir wissen sehr wohl, dass die deutsche Frage weder isoliert behandelt werden kann, noch von den Deutschen allein zu lösen ist. Und daher haben gerade wir deutschen Sozialdemokraten immer wieder darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, Wege zu beschreiten, die aus dem Stadium des Kalten Krieges herausführen und eine Lösung ermöglichen, welche von allen beteiligten Grossmächten und dem deutschen Volke akzeptiert werden kann. Auf die Dauer wird es in der Welt keinen wirklichen Frieden geben, wenn nicht ein Abkommen über eine kontrollierte Abrüstung erreicht werden kann. Im Rahmen dieser Bemühungen erwächst die schwierige Aufgabe, den Sicherheitsbedürfnissen aller Rechnung zu tragen. Solange Deutschland und damit Europa gespalten bleibt, gibt es auch keine wirkliche Sicherheit. Diese Verbindung der Probleme erfordert eine elastische und mutige Politik. In der Auseinandersetzung mit der Regierung müssen wir daher auf die grosse Gefahr hinweisen, dass wir, ohne die Wiedervereinigung unseres Landes zu erreichen, auch in einem Gegensatz zu den Bemühungen um den Frieden geraten können, wo unser Anliegen als eine Störung des Bemühens der Weltmächte um Abrüstung empfunden werden könnte. Wir halten es dagegen für richtig, im Einklang mit den Beschlüssen der Sozialistischen Internationale, den Primat der Abrüstung anzuerkennen, weil wir meinen, dass gerade in einer entspannten internationalen Atmosphäre die Lösung politischer Probleme, wie das der deutschen Wiedervereinigung und anderer, mit grösserer Aussicht auf Erfolg gefunden werden kann.

Entschuldigen Sie, dass ich über dieses unser besonderes Anliegen mehr gesprochen habe, als es vielleicht einer Begrüßungsrede zukommt, doch werden Sie mit mir der Meinung sein, dass wir es hier mit einem internationalen Problem zu tun haben, von dessen Lösung in der einen oder anderen Weise wir alle betroffen werden.

Ein Fall Hermann Fischer oder mehr ?

Von Dr. Adolf Arndt MdB.

Der Berliner Abgeordnete Hermann F i s c h e r (FVP) hatte schon 1954 als Senator für Inneres manches peinliche Aufsehen erregt. In letzter Zeit bemüht sich Fischer um eine Neuauflage der noch unvergessener Affäre Schroth-Scharley aus dem Bundestagswahlkampf 1953. Allerdings wagt er es nicht, so unbesonnen durch haltlose Behauptungen zu verunglimpfen, wie es seinerzeit Dr. Adenauer tat. Er wählt den Weg der angeblichen Frage und der hinterlistigen Verdächtigung.

Zunächst ist vordergründig das Ziel seiner unanständigen Attacken der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses und Bundestagsabgeordnete Willy Brandt. Zusammen mit dem "Montags-Echo" treibt Fischer dieses verwerfliche "Spiel" seit einiger Zeit in der Weise, dass man Andeutungen laut werden lässt und den falschen Schein erweckt, als ob an Willy Brandt irgendwelche "Fragen" zu stellen seien. Auffallend ist die Ähnlichkeit der Methode mit den CDU-Versuchen, Herbert Wehner dadurch zu diffamieren, dass man zunächst Veröffentlichungen im Ausland entweder veranlasst oder missbraucht, um dadurch glauben zu machen, auf der bitteren Emigrationszeit aufrichtiger und freiheitsliebender deutscher Politiker schiene ungewiss ein dunkler Schatten zu liegen.

Nach den schlechten Erfahrungen, die man mit den Unwahrheiten über Schroth und Scharley sowie dem missglückten Diffamierungsversuch gegen Herbert Wehner machte, versteckt man sich jetzt hinter unbestimmte Verdächtigungen und Fragezeichen. In einer Zuschrift vom 18. Juni 1957 an das "Montags-Echo" schreibt Fischer zu seiner eigenen Methode, Brandt werde sich inzwischen wohl juristisch darüber beraten lassen, was eine Verleumdung sei, und behauptet frech: "Auf keinen Fall eine Frage eines Abgeordneten". Fischer wird lernen müssen, dass die deutsche Rechtsprechung seit Jahrzehnten gerade solche Fragen als die niederträchtigste Art, eine strafbare Beleidigung oder Üble Nachrede zu begehen, erkannt und abgeurteilt hat.

Aufmerksamkeit verdienen die Anzeichen, die darauf schliessen lassen, dass es sich bei diesen Machenschaften mehr als um bloss einen Fall Fischer handelt, und dass auch nicht allein Willy Brandt das Ziel ist. Als Dr. Adenauer Schroth und Scharley sagte, meinte er die SPD; wenn man Wehner sagte, meinte man die SPD. Index man Brandt sagt, meint

man die SPD. Manches deutet darauf hin, dass es sich um den Beginn einer grundsätzlichen und unbegrenzten Hetze gegen die Deutschen handelt, die um des Rechtes und der Freiheit willen harte Jahre in der Emigration verbrachten, die das "andere Deutschland" repräsentieren und in ihrem Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft nicht erlahmten. Leider ist es möglich, dass es sich hierbei nicht um ein privates Bubenstück handelt, durch das Hermann Fischer von sich reden machen will, sondern dass er Hintermänner hat und die Fäden nach Bonn laufen. Nicht ohne Grund hat Erich Ollenhauer auf dem Dortmunder Wahlkongress erklärt, dass jeder derartige Versuch an der Solidarität der SPD scheitern wird.

* * *

Hauptinteresse: Verbraucherschutz

rd. Der Zentralverband deutscher Konsum-Genossenschaften hat auf seinem 37. Genossenschaftstag in Stuttgart die Errichtung eines ständigen Sekretariats bekanntgegeben, dessen Aufgabe es sein soll, alle für den Verbraucher im Bereich des Gemeinsamen Marktes interessierenden Bewegungen des Marktes zu beobachten. Dieser Beschlusse haben die Genossenschaftszentralen der Länder Frankreich, Belgien, Holland, Italien und der Bundesrepublik getroffen. Das Büro wird in Belgien seinen Sitz haben.

Mit diesem Entschlusse treten die Genossenschaften der Verbraucher keineswegs erstmalig ausserhalb ihrer nationalen Märkte in Erscheinung. Der ihnen innewohnende Gedanke internationaler Solidarität hat schon vor der Jahrhundertwende zu internationalen Organisationsformen geführt. Der Internationale Genossenschaftsbund hat seine Mitglieder in allen Ländern der Welt; sein leitender Ausschuss tagte im Jahre 1956 in Miramar/Frankreich, Kopenhagen, Moskau und Paris; allein in diesem Jahr traten ihm die Genossenschaftsverbände der neuen Entwicklungsgebiete: Ceylon, Sudan, Malays, Mauritius und Britisch-Guayana bei.

Aber die bisherige Organisation war im wesentlichen dem Austausch organisatorischer Erfahrungen, der Diskussion genossenschaftlicher Probleme, dem Gedanken der internationalen Solidarität gewidmet. Die Errichtung dieses Büros für den Gemeinsamen Markt jedoch zielt direkt auf die praktische Zusammenarbeit der Genossenschaften in diesem Bereich ab, d.h. nicht nur auf die Beobachtung und Erforschung des Marktes, sondern auch auf die Koordination der Erzeugung, des Absatzes sowie den Austausch der Erfahrungen in der Rationalisierung und Spezialisierung

des Warenabsatzes und der Erzeugung. Die gemeinsamen Interessen sind auch darauf gerichtet, in den Institutionen des Gemeinsamen Marktes, z.B. seinem Wirtschafts- und Sozialausschuss, die Interessen des europäischen Verbrauchers vertreten zu können.

Die Bedeutung dieser grossen Gruppe der Verbraucher, die hier Anspruch auf Beachtung und Mitwirkung erhebt, wird vielleicht daraus ersichtlich, dass ihr Umsatz im Jahre 1954 - das letzte Jahr, für das vollständige Zahlen vorliegen - folgende Höhe (in £) erreichte (ein £ entspricht 11.-DM):

| | | | |
|------------------|-------|-------|---|
| Belgien: | 26 | Mill. | £ |
| Westdeutschland: | 150,5 | " | £ |
| Frankreich: | 127 | " | £ |
| Holland: | 17,5 | " | £ |
| Italien: | 16 | " | £ |

Sie vertreten zur Zeit rund neun Millionen Mitglieder, die wohl sämtlich für jeweils eine Familie gerechnet werden können. Das bedeutet etwa 30 Millionen Menschen innerhalb dieser Länder des Gemeinsamen Marktes, die ihr Gewicht noch erheblich verstärken, wenn etwa England oder gar Schweden im Rahmen der Freihandelszone zu ihnen stossen, da in diesen Ländern die Genossenschaften der Verbraucher erheblich stärker sind als in den oben genannten. In England sind z.B. 22,62 % der Bevölkerung Mitglied einer Verbrauchergenossenschaft gegenüber nur 4,32 % in der Bundesrepublik.

Man wird also die Forderung dieser Genossenschaftsverbände auf Mitbestimmung im Gemeinsamen Markt ebenso wenig überhören können, wie jene der Erzeuger, des Handels, der Verarbeiter - oder etwa der Bauern, die noch obendrein Gegner dieses Marktes sind - und man wird sie ebenso beteiligen müssen wie das Handwerk, die freien Berufe etc., für die bereits eine Vertretung vorgesehen ist. Es ist sogar zu hoffen, dass diese neue Institution sich unter solcher Beteiligung eher auf die Wahrung sozialer Ziele, zur Besserung des Lebensstandards der europäischen Verbraucher besinnt, als die bisherigen Kleineuropäischen Institutionen, die ihre Aufgabe allzusehr von Erzeuger- und Absatzinteressen bestimmen liessen.

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler